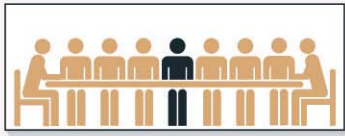


Die Planspielmethode

- das **Szenario** beschreibt die Situation
- die **Rollen** beschreiben die handelnden Personen
- das **Ergebnis** ist offen und wird von Ihnen als den Abgeordneten bestimmt

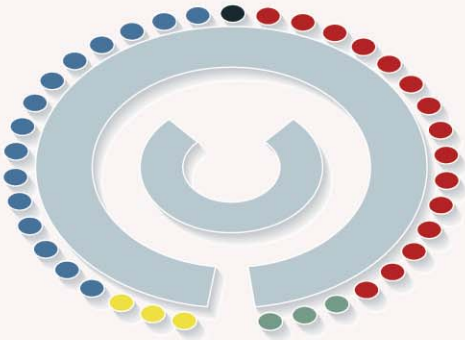
Die Teilnehmenden sollen

- Politik in der Praxis kennenlernen
- verstehen, welche Einwirkungsmöglichkeiten Bundestagsabgeordnete allein oder in Kooperation miteinander haben
- sich auch in andere Perspektiven, Ansichten und Meinungen hineinversetzen



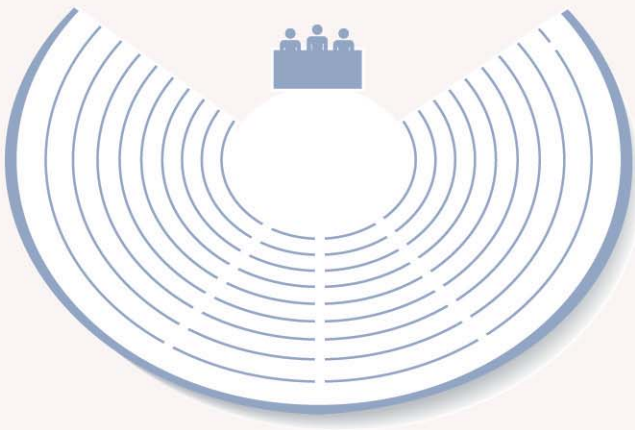
Fraktionen

Gruppe von Abgeordneten einer Partei oder Parteifamilie



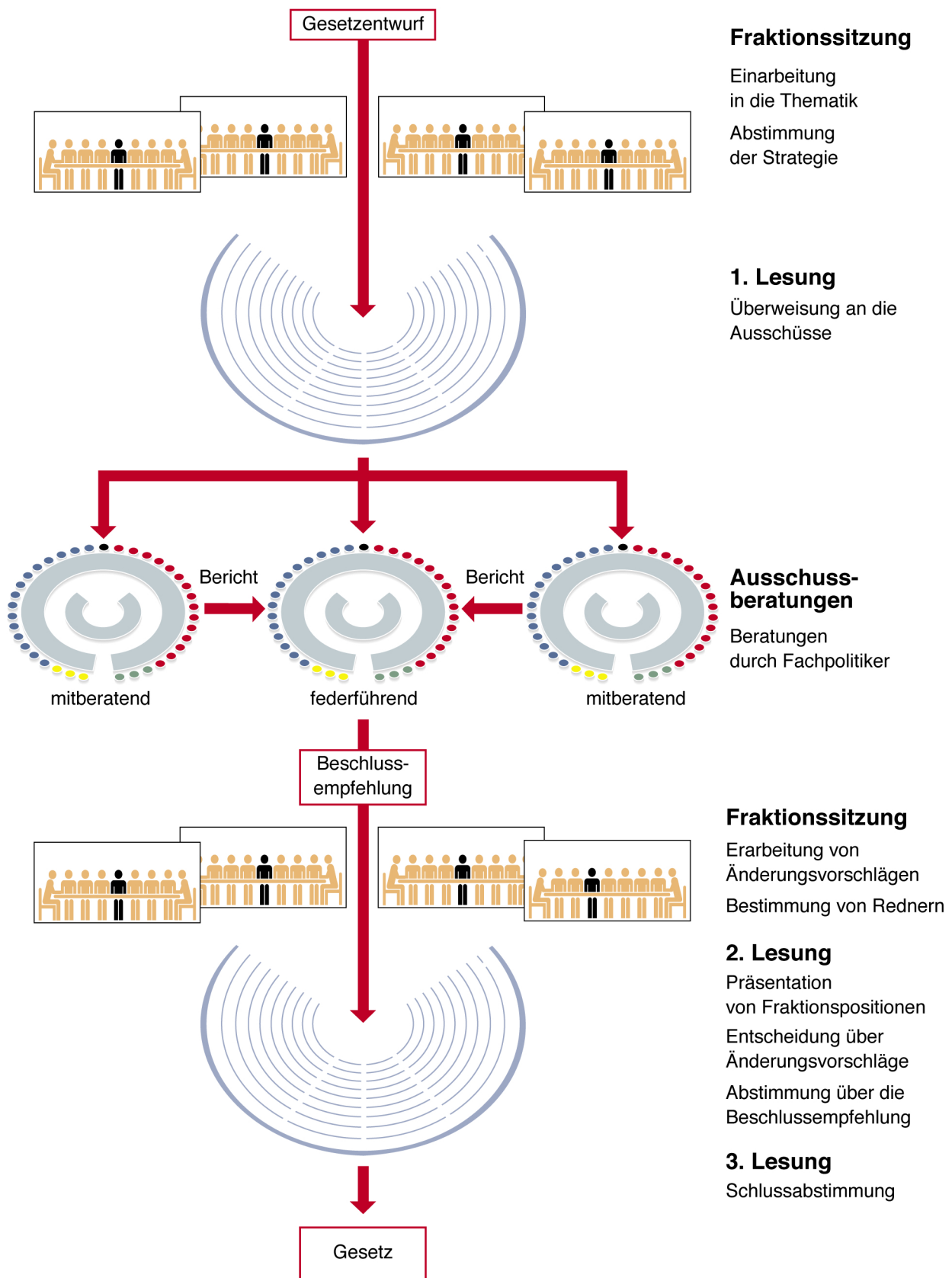
Ausschüsse

Gruppe von Abgeordneten aus allen Fraktionen mit politischem Arbeitsschwerpunkt
Zusammensetzung nach Fraktionsstärke



Plenum

Gesamtheit aller Abgeordneten



Themen und Ausschüsse

Anonymisierte Bewerbung

- Ausschuss für Angelegenheiten der öffentlichen Verwaltung (f)
- Arbeitsausschuss
- Ausschuss für Gleichstellungsfragen

Pflegefreistellung

- Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (f)
- Gesundheitsausschuss
- Wirtschaftsausschuss

PKW-Maut

- Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (f)
- Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
- Ausschuss für Forschung und Technologie

Wahlpflicht

- Innenausschuss (f)
- Ausschuss für Soziales
- Rechtsausschuss

Thema 1: Anonymisierte Bewerbung

Vorschlag:

Verpflichtung aller Bundesbehörden, Bewerbungen nur noch anonym anzunehmen

Autor:

Bundesrat

Ziel:

Reduktion der Diskriminierung beim schriftlichen Bewerbungsverfahren in Bundesbehörden; Vorbildfunktion

ANGELEGENHEITEN D. ÖFFENTLICHEN VERWALTUNG:

- Welche Folgen hätte das Gesetz für den Staat als Arbeitgeber? Welche für das Verhältnis zwischen den Mitarbeitern der Behörden und den Bürgern in Deutschland?

ARBEIT:

- Welche Bedeutung kann das Gesetz über den öffentlichen Dienst in den Bundesbehörden hinaus für den privaten Arbeitsmarkt entwickeln? Was wären wünschenswerte oder problematische Folgen?

GLEICHSTELLUNGSFRAGEN:

- Kann das Gesetz die Gleichstellung von Mann und Frau oder auch von Bürgern unterschiedl. Herkunft fördern?

„Rote Linien“ / nicht Gegenstand des Verfahrens:

- Detailregelungen über die Gestaltung der Bewerbung und den Informationstransfer innerhalb der Behörden (später durch die jeweiligen Behörden zu klären)

Thema 2: Pflegefreistellung

Vorschlag:

Änderung des Pflegezeitgesetzes:

Freistellung bis zu fünf Tage mit voller Lohnfortzahlung

Autor:

Bundesregierung

Ziel:

Finanzielle Flankierung der Freistellung, damit diese mehr genutzt werden kann; Beschränkung des Zeitraums

FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND:

- Welche Rolle kann und soll die Familie bei der Pflege spielen? Kann das Gesetz einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, pflegende Familienangehörige zu entlasten?

GESUNDHEIT:

- Sind die Regelungen sinnvoll angesichts der tatsächlichen Bedürfnisse eines zu Pflegenden? Sind die Regelungen sinnvoll im Vergleich zu denen bei eigener Krankheit?

WIRTSCHAFT:

- Welche Folgen hat das Gesetz für die Arbeitgeber und den Arbeitsmarkt? Sind positive Auswirkungen auf die Leistungsbereitschaft der Arbeitnehmer zu erwarten?

„Rote Linien“ / nicht Gegenstand des Verfahrens:

- Fallbezogene Einzelregelungen
(Bundestag trifft politische Richtungsentscheidungen!)

Thema 3: PKW-Maut

Vorschlag:

Einführung einer Vignette für PKW; Zweckbindung der Einnahmen für Bau & Erhalt von Straßen und Autobahnen

Autor:

Bundesregierung

Ziel:

Beteiligung in- und ausländischer PKW-Fahrer an den Kosten für Bau und Erhalt der Straßen und Autobahnen

VERKEHR, BAU UND STADTENTWICKLUNG:

- Ist die vorgeschlagene Straßennutzungsgebühr notwendig und geeignet, um Geld für die Verbesserung des Verkehrswegenetzes in Deutschland einzutreiben?

UMWELT, NATURSCHUTZ UND REAKTORSICHERHEIT:

- Wie wirkt sich die vorgeschlagene Straßennutzungsgebühr umweltpolitisch aus?

FORSCHUNG UND TECHNOLOGIE:

- Wie wirkt sich die vorgeschlagene Straßennutzungsgebühr auf die technische und wirtschaftliche Entwicklung verschiedener Verkehrsmittel aus?

„Rote Linien“ / nicht Gegenstand des Verfahrens

- Alternative Gesetzesentwürfe, die andere Einnahmequellen vorschlagen

Thema 4: Wahlpflicht

Vorschlag:

**Einführung einer Wahlpflicht bei Bundestagswahlen,
um besser alle Bevölkerungsgruppen einzubeziehen**

Autor:

Fraktionsübergreifende Gruppe im Bundestag

Ziel:

Einführung einer Wahlpflicht (Grundgesetzänderung!)

INNENAUSSCHUSS:

- Bedeutet der Vorschlag eine Stärkung der Demokratie oder schränkt er die politische Freiheit der Bürger zu weit ein?

AUSSCHUSS FÜR SOZIALES:

- Kann eine Wahlpflicht die durch geringe Wahlbeteiligung entstehende soziale Schieflage beseitigen?

RECHTSAUSSCHUSS:

- Wie kann die Wahlpflicht praktisch umgesetzt werden?
Sollten Verstöße sanktioniert werden?

„Rote Linien“ / nicht Gegenstand des Verfahrens

- Weitere Grundgesetzänderungen
- Konkrete bildungspolitische Maßnahmen, da diese in Länderzuständigkeit fallen würden

Ergänzung zum Thema PKW-Maut

Deutsche Verkehrspolitik im Kontext der EU

I. Gemeinsame Ziele

(festgelegt in den EU-Verträgen unter der Prämisse „Kohärenz der nationalen Politiken“)

- hohe Mobilität
- Gleichbehandlung aller Verkehrsteilnehmenden
- Sicherheit
- Umweltschutz und Ressourcenschonung

II. Instrumente

1. Weißbuch 2011 zur Verkehrspolitik

(Sammlung von gemeinschaftlichen Vorhaben, auf die sich Ministerrat und Europäisches Parlament auf Vorschlag der Europäischen Kommission verständigen) sieht bis 2020 u.a. eine „intelligente Bepreisung von Verkehrsinfrastruktur“ vor.

2. Rechtsakte (Richtlinien und Verordnungen)

Die Europäische Kommission hat den Auftrag, „auf Basis dann bestehender Regelungen“ ab 2015 dem Ministerrat und dem Parlament Vorschläge zu machen.

III. Optionen für Bundestag und Bundesrat

a) Vorschläge abwarten

Verkehrsminister kann im Ministerrat Änderungen versuchen; Bundestag (und Bundesrat) setzen um

b) Schaffung eigenen Systems (idealerweise mit Vorbildfunktion), evtl. entsteht später Anpassungsbedarf an anders geartete europäische Regelungen

Umgang mit der Presse

1. **Dokupresse von „politik orange“:**
 - Ist nicht Teil der Simulation: dokumentiert JuP als Ganzes (die Doku erscheint im Anschluss)
 - hat zu allen Sitzungen Zugang
 - hat orangene Ausweise
2. **Spielpresse:**
 - ist Teil der Simulation: begleitet das parlamentarische Geschehen mit Berichten und Kommentaren
 - hat keinen Zugang zu den Fraktionssitzungen (wie die reale Presse im Bundestag)
 - kann jederzeit Interviews führen (außer während der anwesenheitspflichtigen Landesgruppensitzungen)
 - veröffentlicht jeden Morgen eine aktuelle Zeitung
 - hat violette Ausweise
3. **Externe Journalisten:**
 - sind nicht Teil der Simulation
 - haben zu allen Sitzungen Zugang
 - dürfen in den Sitzungen keine Fragen stellen und keine Mitglieder zum Interview herausbitten
 - haben rote Presse-Ausweise

Von Sonntag 9:00 Uhr bis Dienstag 12:00 Uhr **sprechen Sie nur in Ihrer Rolle als Abgeordnete/r** mit der Presse.

Sonntag 15:45

Pressegespräch „Berliner Runde“

im CVP-Fraktionssaal (Besuch optional)